

Pressemitteilung

Kreative müssen vor Kollateralschäden geschützt werden! DMR veröffentlicht Follow-up des Living Papers „KI und Musik“

Die Anwendungsmöglichkeiten von Künstlicher Intelligenz (KI) entwickeln sich in vielen Feldern rasant weiter – und haben große Auswirkungen auch auf das Musikleben. Die „KI-Verordnung“ der Europäischen Union, die im März 2024 gebilligt wurde, hat mittlerweile einen grundlegenden Rahmen für den Einsatz von KI in Europa gesetzt. Diese aktuellen Entwicklungen nahm der Deutsche Musikrat zum Anlass, um in intensiver Zusammenarbeit seiner drei Bundesfachausschüsse Recht, Musikwirtschaft und Medien ein Follow-up des im Oktober 2023 veröffentlichten Living Papers „Künstliche Intelligenz und Musik – Hilfe oder Konkurrenz?“ vorzulegen.

Hierzu **Antje Valentin**, Generalsekretärin des Deutschen Musikrates: „Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der KI dürfen nicht zu Lasten der Kreativen – ob Urheber:innen oder ausübende Künstler:innen – und ihrer Partner gehen! Daher müssen diese Entwicklungen intensiv reflektiert und reguliert werden. Der Deutsche Musikrat hat mit der gebündelten Expertise von dreien seiner zentral mit der Thematik befassten Bundesfachausschüsse nun ein fundiertes Follow-up seines Living Papers zu KI und Musik vorgelegt. Diese gemeinsame Positionierung des Musiklebens ist eine wichtige Basis für den weiteren Dialog des Deutschen Musikrates mit den zuständigen Politiker:innen, wenn es nun um die Ausgestaltung der KI-Verordnung durch die Bundesregierung in Deutschland geht.“

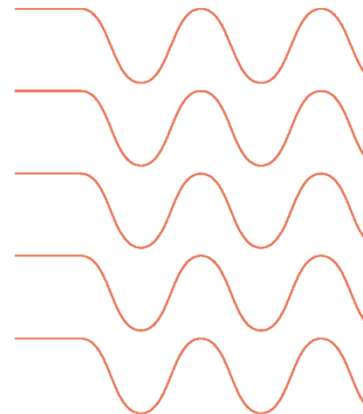
Im Follow-up sind grundlegende Forderungen an Bund und Länder formuliert, die insbesondere die Dringlichkeit des noch ausstehenden Schutzes der Kreativen (Urheber:innen und ausübende Künstler:innen) und ihrer Partner anmahnen. Die neue Fassung des Living Papers finden Sie [hier](#).

Berlin, 05. Juli 2024

Deutscher Musikrat e. V.
Generalsekretariat
Schumannstraße 17
10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 308810 - 10
generalsekretariat@musikrat.de

www.musikrat.de



Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien